

# Wehrhafte Republikaner – Argumente für die Pflichtarmee

Lars Fintelmann



Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich aktuell in einer akuten Bedrohungslage. Eine adäquate militärische Mindeststärke ist daher zwingend erforderlich. Daher sprechen sich die Republikaner für die Wiedereinführung der Wehrpflicht aus.

Besagte Pflicht wurde im Jahr 2011 durch den Gesetzgeber ausgesetzt, aber nicht generell abgeschafft. Im Verteidigungsfall greift diese Verpflichtung dann erneut. Zudem kann die Wehrpflicht durch ein einfaches Gesetz jederzeit wieder eingeführt werden.

Die aktuelle Gefährdungslage ist nicht das einzige Argument für die Pflichtarmee. Durch den Dienst werden junge Menschen eng an ihre Nation gebunden, die Landesverteidigung wird zu ihrer persönlichen Aufgabe. Zudem wird die Nachwuchsgewinnung für die Bundeswehr ohne den Pflichtdienst erheblich erschwert. In den vergangenen Dekaden rekrutierte die Bundesarmee ihr Fachpersonal in hohem Umfang aus dem Pool der Wehrpflichtigen.

Eine schlagkräftige Armee benötigt eine ausreichende Anzahl an Reservisten. Der Pflichtdienst schuf in der Vergangenheit kommunizierende Röhren, ein kontinuierlicher Fluß vom aktiven in den passiven Dienst war permanent

gewährleistet. Diese Überleitung funktioniert momentan nur noch sehr eingeschränkt.

Im Ernstfall, wo es gilt, die Republik tapfer zu verteidigen, muß ein Aufwachsen der Streitkräfte schnellstmöglich erfolgen. Nur eine hohe Zahl an verfügbaren Wehrpflichtigen kann in dieser Situation eine zeitnahe und angemessene Mobilisierung ermöglichen. Zudem erzeugt die Pflichtarmee durch ihre robuste Präsenz eine nachhaltige Stabilität nach innen und nach außen. Zugleich verhindert der Allgemeindienst das Entstehen von Parallelstrukturen. Die Bundeswehr darf nicht Staat im Staate werden.

Die aktuelle Verteidigungspolitik von Ministerin Ursula von der Leyen hat dazu geführt, daß die deutsche Armee nur noch bedingt wehrbereit ist. Große Teile der militärischen Ausrüstung sind nur noch eingeschränkt funktionsfähig oder können im Ernstfall gar nicht mehr verwendet werden. Eine unbedingt erforderliche Neuausrüstung ist von Seiten der Ministerin nicht erfolgt. Zudem verhinderten vom Ministerium schlecht ausgehandelte Verträge Regressansprüche gegenüber Rüstungsunternehmen, die mangelhaftes Gerät an die deutsche Bundeswehr ausgeliefert hatten.

Den Personalmangel der Bundeswehr versucht von der Leyen auch durch das verstärkte Anwerben von Migrantinnen zu beheben. Daß die Bundeswehr als Söldnerarmee nicht funktioniert, belegt die Tatsache, daß im Jahr 2016 zwanzig Islamisten durch den militärischen Abschirmdienst enttarnt und daraufhin aus der Truppe entfernt wurden.

Unsere deutsche Armee muß zu alter Stärke zurück finden, nur so können die Bundesbürger in ausreichendem Maße geschützt werden. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht kann ein erster Baustein sein, um die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr auf 100% der Leistungsstärke heraufzufahren.